

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Kita-Gebühren senken - flexible Betreuung einführen

Viele unsere Leserinnen und Leser berichten uns, es sei schwierig beim Thema Kita-Gebühren durchzublicken. Jeden Tag gibt es irgendwelche Verlautbarungen die meist noch mehr verwirren. Da es aber für viele ein wichtiges Thema ist, steht es heute auf der Titelseite.

Kita-Gebühren sind zu hoch

Vor zwei Jahren beschlossen SPD und FDP zum Doppelhaushalt 2004/2005 drastische Erhöhungen der Kita-Gebühren. Die Gebühr für einen Regelplatz stieg zum 1. 8. 2004 auf 90,- und ab 1. 8. 2005 auf 118,- Euro/Monat, in diesem Jahr soll sie auf 146,- Euro steigen. Die Koalition nutzte dazu eine zufällige Mehrheit im Parlament. Die Rücknahme dieser Gebührenanhebung durch die Opposition, der Widerspruch des Bürgermeisters, das Klageverfahren und dessen Ausgang – all das ist für die betroffenen Eltern eher verwirrend, das Ergebnis jedenfalls mit Sicherheit enttäuschend.

Die DKP/Linke Liste hält nach wie vor daran fest: Die Kita-Gebühren müssen gesenkt werden!

Die „flexible Betreuung“ wurde verschleppt

Seit 2003 setzen sich Eltern für ein „flexibles Betreuungsmodell“ in den Kitas ein, das Berufstätigen entgegenkommt. Bürgermeister und Stadtverwaltung haben die Einführung verschleppt. Hinter-

grund ist nicht zuletzt die Befürchtung geringerer Einnahmen.

Wir haben mehrmals darauf gedrängt, den Prozess entsprechend dem Projektplan fortzusetzen und Terminabsprachen einzuhalten.

Das Verfahren blieb zäh

Im Mai 2004 wurden die Eltern nach notwendigen Betreuungszeiten befragt, erst ein Jahr später lag den Stadtverordneten eine Modell-Regelung vor und der

Magistrat wurde beauftragt, die Umsetzung des Angebots vorzubereiten.

Doch der nächste Schritt, eine Gebührensatzung auf der Grundlage der gültigen Gebührenhöhe zu erarbeiten, blieb aus. Bürgermeister Brehl gab verwaltungsintern die Anweisung, die Sache nicht weiter zu bearbeiten.

Seine Begründung: Das Klageverfahren.

Die DKP/Linke Liste hat dies schon damals als Vorwahlkampf aus dem Rathaus auf dem Rücken der Eltern zurückgewiesen. ▶

Ich heiße Angela Kolbe und bin parteilos. Seit 2001 bin ich Mitglied im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf und dort die jüngste Stadtverordnete. Ich vertrete meine Fraktion im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsausschuss. Auch für die kommende Wahlzeit stelle ich mich wieder zur Wahl und kandidiere in Mörfelden-Walldorf bei der DKP/Linke Liste (Platz 2) und bei der Kreistagswahl auf der Liste der Linkspartei.

Was wir wollen:

- Kostenlose Nutzung aller städtischen Einrichtungen und Angebote für ALG II-EmpfängerInnen.
- Kinder-, Fußgänger- und Fahrradfreundliche Stadtentwicklung statt Vorrang für Autoverkehr und Großmärkte
- Kein Flughafen ausbau. Reduzierung der Flugbewegungen und Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr
- Kostenlose Betreuung aller in Mörfelden-Walldorf lebenden Kinder in Kitas statt Ausgrenzung durch Gebührenerhöhungen.

In der vergangenen Wahlzeit habe ich mich für Jugendpolitik und -kultur eingesetzt. Wir haben uns durch Anträge für die Einrichtung des Kulturbahnhofs eingesetzt und dessen Unterbringung in einem städtischen Gebäude unterstützt. Ich selbst war von Anfang an Mitglied in der Initiative für ein Jugend- und Kulturcafé und arbeite aktiv im KuBa mit.



▼ In anderen Städten geht's

In Mörfelden-Walldorf tut man sich schwer. Andere Kommunen haben bereits die flexible Betreuung. Groß-Gerau z.B. hat dazu noch eine gestaffelte Gebühr nach Familieneinkommen. Viele andere Städte haben niedrigere Gebühren. In Rüsselsheim z.B. kostet ein Betreuungsplatz mit Mittagessen 104,50 Euro, in unserer Stadt bezahlen Eltern dafür zurzeit 189,- Euro. Und Rüsselsheim ist sicher nicht reicher als Mörfelden-Walldorf. In Frankfurt müssen Eltern ab 2006/07 für das letzte Jahr in der Kita nichts mehr zahlen. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Bürgermeister, SPD und FDP lehnen Senkung der Kita-Gebühren ab

Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete am 13.12.2005 den Haushalt 2006. Dies wurde möglich, weil sich Fraktionsmitglieder von CDU und DKP/Linke Liste in der Haushaltsabstimmung der Stimme enthielten, nachdem ein gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/CDU und DKP/Linke Liste beschlossen worden war, die Kita-Gebühren zu senken.

Der Bürgermeister widersprach erneut dem Beschluss, die Gebühren zu senken. SPD und FDP beantragten eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung, wohl wissend, dass die Opposition nicht vollzählig ist. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen/CDU und DKP/Linke Liste blieben dieser Stadtverordnetenversammlung aus Protest fern.

**SPD und FDP beschlossen:
Der Antrag, die Kita-Gebühren zu senken, wird abgelehnt.**

Berechtigten Protest von Eltern und Kindern ernst nehmen

In der selben Stadtverordnetensitzung demonstrierten Eltern aus dem Evangelischen Kindergarten Walldorf mit ihren Kindern gegen die hohen Gebühren. Zurecht forderten sie eine Senkung. Der Bürgermeister verwies sie auf den Kirchenvorstand.

Wir nehmen den Elternprotest ernst und sehen die Stadt in der Pflicht, bei Betreuungsstandards und Gebühren in den Kitas Signale zu setzen.

Die Versprechungen müssen vor Ort auch eingelöst werden

In den letzten Wochen wurde bundesweit über Kinderbetreuung und -förderung diskutiert. Im Vorfeld der Kommunalwahl in Hessen haben sich SPD und FDP in Sachen „Gebührenfreie Kita-Plätze“ zu Wort gemeldet. Der SPD-Vorstand hat jetzt in seiner Tagung in Mainz die Familie entdeckt und die Forderung nach Gebührenreduzierung und -freiheit beschlossen, ebenso Betreuungsangebote schon für 2-Jährige und mehr Hortplätze. Gleiches fordert die CDU-Familienministerin von der Leyen im Bundestag. Doch die Konsequenz der Kostenübernahme, zumindest aber -beteiligung durch Bund und Länder bleiben sie schuldig.

Für Kinder, Bildung und Gesundheit ist kein Geld da in einem Land, in dem die Reichen immer reicher werden und das lieber in die Rüstung investiert, weil, wie es heißt: „unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt werden muss“.

Hier müssen sich alle Parteien vor Ort fragen lassen, wie ernst es ihnen mit der kinderfreundlichen Politik ist.

Wir wollen im Interesse der Eltern und Kinder etwas bewegen

Wir halten es nicht für sinnvoll, noch einmal den selben Weg zu gehen, der in den vergangenen zwei Jahren dem Bürgermeister den Vorwand zu Untätigkeit geliefert hat. Wir wollen, dass sich im Interesse der Eltern und Kinder unserer Stadt in der Sache erkennbar etwas bewegt. Der Bürgermeister hat jetzt eine Vorlage eingebracht, nach der die Kita-Gebühren im August nicht erhöht werden und die flexible Betreuung umgesetzt wird. Wir sind sehr gespannt, ob die SPD dem im Februar zustimmt, wenn es von ihrem „Spitzenkandidaten“ kommt.

Die DKP/Linke Liste hat betont, dass sie trotz Wahlkampf aus dem Rathaus keine Veranlassung hat, Gesprächen aus dem Weg zu gehen. Wir werden jeden Ansatz unterstützen, die Kita-Gebühren zu senken und das Betreuungsangebot zu verbessern.

Auf unseren weitergehenden Haushaltsantrag, der keine „Gnade“ vor den Augen des Bürgermeisters und der SPD/FDP-Koalition fand, kommen wir zurück.

Das hatten wir zum Haushaltsplan 2006 beantragt

**Anhebung der Kita-Betreuungsgebühren zum 01.08.2006 aussetzen
Kindergartengebühren bis zum Nulltarif jährlich um 10% senken**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die in der Kita-Gebührensatzung vorgesehene dritte Stufe der Anhebung der Betreuungsgebühren in den städtischen Kindertagesstätten ab dem 01.08.2006 wird ausgesetzt. Vorbehaltlich der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt im Verwaltungsstreitverfahren „Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf ./. Bürgermeister der Stadt Mörfelden-Walldorf“ am 15. Dezember 2005 gelten für das gesamte Jahr 2006 die seit dem 01.08.2005 erhobenen Betreuungsgebühren weiter. Die Kindergartengebühren werden bis zum Nulltarif ab 1.1.2007 jährlich um 10% vom Ausgangsbetrag gesenkt. Die Gebührensatzung ist entsprechend zu ändern. Die 100%ige Belegung der Einrichtungen ist bei der Berechnung der Einnahmen in Ansatz zu bringen und zu sichern. Etwa höherer Zuschussbedarf wird aus Kürzung der Mittel für Wirtschaftsförderung gedeckt.“

Begründung: Wir halten höhere Kita-Gebühren nach wie vor für falsch und wollen mit dem Aussetzen der von SPD/FDP und Bürgermeister durchgesetzten drastischen Erhöhung ein Signal zur Entlastung der Eltern setzen.

Wir sehen darin den Einstieg in weitere Schritte zur sozialeren Gestaltung und Senkung der Kita-Gebühren bis hin zum Nulltarif im Kindergarten, über die im kommenden Jahr weiter zu reden sein wird.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Einkaufen in New York - ein Angriff auf das Rest-Ozon

Die Mehrheit der Klimaforscher geht davon aus, dass der Massentransport von Menschen und Waren mit Düsenflugzeugen eine der wesentlichen Ursachen für die Erderwärmung ist. Wenn sie recht haben, wird sich dieser unheilvolle Prozeß in den vor uns liegenden Jahren stark beschleunigen. Wer heute eine der Zeitungen oder Zeitschriften aufschlägt, die in Kreisen der Besserverdienenden kursieren, wird in jeder Ausgabe wenigstens eine Anzeige finden, in der die Firmen Boeing oder Airbus neue Flugzeuge anpreisen.

Nach außen hin jammern die Luftfahrtgesellschaften über die Verluste nach dem 11. September 2001 und nach dem schnellen Anstieg der Treibstoffpreise. Die Zahlen aber sprechen eine andere Sprache. Nach den jetzigen Zwischenprognosen werden die großen Luftfahrtgesellschaften in diesem Geschäftsjahr

zusammengerechnet über 45 Milliarden Dollar Gewinn machen und so auf einen Schlag die Verluste der letzten fünf Jahre egalisieren.

Dieser Gewinnsprung hat zwei Ursachen: Zum einen ist es den Luftfahrtgesellschaften - vor allem mit Konkursdrohungen in den USA - gelungen, das Lohnniveau fast aller Gruppen von Beschäftigten zu drücken, die ihr Geld mit dem Hin- und Herfliegen von Menschen und Material verdienen. Piloten bei Ryanair verdienen längst nicht mehr solche Traumgehälter wie ihre Vorgänger noch vor wenigen Jahren, sondern rutschen mental und finanziell in Richtung fliegender Busfahrer. Nach den Erhebungen der International Air Transport Association (IATA) ist die Arbeitsproduktivität der ihr angeschlossenen Gesellschaften in den letzten fünf Jahren um 34 Prozent gestiegen. Zum anderen wächst

der Markt sprunghaft: weltweit allein in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent. Für die Hauptwachstumsregionen in Asien prognostiziert die IATA ein Nachfrage-Plus von rund zehn Prozent jährlich bis 2009.

Den großen Durchbruch erwarten alle Beteiligten von den gegenwärtig laufenden Verhandlungen über den transatlantischen Flugverkehr. Als Nachwehe des letzten Weltkrieges ist er hochgradig geregelt und unterliegt zum Leidwesen neoliberaler Ideologen nicht dem freien Spiel des Marktes. Das soll sich ändern. Das Wettbewerbsmodell, das in Europa den Massentourismus von Straße, Schiene und Fähren weg in die Lüfte gesogen hat, würde damit anders als heute auch für interkontinentale Flüge gelten. Nur dadurch würde die Herstellung von Großraum-Langstreckenflugzeugen wie dem Boeing- und dem Airbus-Jumbo für beide Gesellschaften überhaupt erst rentabel. Also demnächst mehr als je zuvor bei den Besserverdienenden: Einkauf in New York, egal, wie schnell die Welt kaputt geht.

Nicht vergessen:

Bis zum 31.7.2004 kostete der Regelplatz Kita/Kindergarten 62,60 EUR.

SPD und FDP beschlossen im Februar 2004: Die Gebühren werden ab 1.8.04 auf 90,- EUR, ab 1.8.05 auf 118,- und ab 1.8.06 auf 146,- EUR erhöht.

Bis zum 31.7.2004 kostete der Ganztagsplatz Kita/Kindergarten und Hort 100,- EUR.

SPD und FDP beschlossen im Februar 2004: Die Gebühren werden ab 1.8.04 auf 145,- EUR, ab 1.8.05 auf 189,- EUR und ab 1.8.06 auf 235,- EUR erhöht.

Bis zum 31.7.2004 kostete der Ganztagsplatz Kita/Krippe 305,- EUR.

SPD und FDP beschlossen im Februar 2004: Die Gebühren werden ab 1.8.04 auf 342,- EUR, ab 1.8.05 auf 379,- EUR und ab 1.8.06 auf 418,- EUR erhöht.

Im Januar 2006 haben SPD und FDP diesen Beschluss bekräftigt.

Wie wird Kinderbetreuung bezahlt?

Soviel Prozent der Ausgaben für Kindergärten und Krippen werden finanziert

- Schweden
- Frankreich
- Großbritannien
- Finnland
- Italien
- Spanien
- Polen
- Dänemark
- USA
- Österreich
- Deutschland
- Japan
- Südkorea



In den skandinavischen Ländern, Kanada, Australien und Frankreich werden nicht nur mehr Kinder geboren. Diese Länder haben auch ein höheres Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslosigkeit, eine höhere Frauenerwerbsquote. Und obendrein schneiden die dort lebenden Kinder bei Schulvergleichstests deutlich besser ab als hiesige Sprösslinge. Noch vor 20 Jahren wurde in Frankreich über die niedrige Geburtenrate debattiert. Inzwischen belegt Frankreich mit einer Geburtenrate von 1,94 Babys pro Frau mit Irland einen Spitzenplatz. Allein 2005 wurden dort 807.400 Babys geboren. Die Liste der staatlichen Hilfen beschränkt sich dort nicht nur auf steuerliche Erleichterungen, wie sie hier diskutiert werden. Die Rückkehr in den Job nach der Geburt wird durch das umfassende Betreuungsangebot möglich.

Erste Patenschaft für Stolpersteine in Mörfelden



Ilse Mainzer bei der Einschulung 1934

In diesen Tagen, am 2. Februar 2006, wäre Ilse Mainzer, in Mörfelden wohnhaft bis zu ihrem 14. Lebensjahr, 78 Jahre alt geworden. Gemeinsam mit ihrer Mutter und weiteren acht jüdischen Mörfelder Bürgern wurde sie am 20. März 1942 nach Darmstadt und von dort in einem Viehwaggon in ein Vernichtungslager im Osten transportiert und ermordet. Ihren 15. Geburtstag erlebte Ilse nicht mehr. Das alles nur, weil sie nicht als ein Kind evangelischer oder katholischer Eltern zur Welt kam, sondern ihre Eltern den jüdischen Glauben hatten. Dies war in den Augen der Nazis der einzige Grund zur Ermordung. Unter dem Titel „Das kurze Leben der Ilse Mainzer“ habe ich

bereits an meine ehemaligen Schulkollegin erinnert (erschieden im „blickpunkt“ und in der von der DKP im Jahre 1995 herausgegebenen Broschüre „50 Jahre danach“).

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel sagte einmal: „Wer diese Opfer vergisst, tötet sie noch einmal“. In Mörfelden-Walldorf sind die ehemaligen jüdischen Mitbürger und das Verbrechen an ihnen nicht in Vergessenheit geraten. Hier gibt es seit 1984 einen Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge zu dessen Einweihung noch lebende ehemalige jüdische Bürger eingeladen wurden. Beides geschah auf Grund einer Initiative der DKP. Schon 1986 erschien das von der Stadt unter Mitwirkung der Stadthistorikerin Cornelia Rühlig herausgegebene Buch „Die schlimmste Sache war die Angst...“, eine Alltagsgeschichte der hiesigen jüdischen Familien. Auch der 1700 jüdischen Frauen im KZ-Außenlager Walldorf wird in würdiger Weise mit einem Gedenkstein und einem Lehrpfad gedacht.

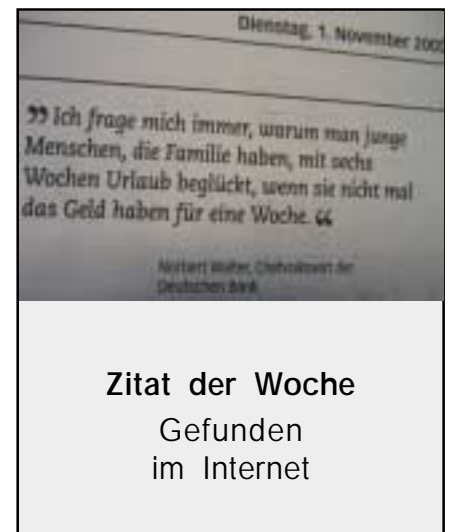
Im Mai vergangenen Jahres stieß die Fraktion der DKP/OL eine neue Initiative für unsere Stadt an. Aufgegriffen wurde eine Aktion aus anderen Städten, bei der sogenannte „Stolpersteine gegen das Vergessen“ vor Häusern verlegt werden, in denen jüdische Bürger wohnten. Diese „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig können eine weitere Ergänzung unserer Gedenkkultur sein. Ende 2005 lagen bereits in 126 deutschen Orten über 7000 „Stolpersteine“. Die Stadtverordneten faßten den Beschluß und die Stadt beauftragte den Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau mit der Umsetzung.

Die ehemaligen Schulkolleginnen und Kollegen von Ilse Mainzer des Jahrgangs 1927/28 haben im Dezember letzten Jahres anlässlich ihres Jahresabschlusstreffens die Patenschaft über die ersten zwei „Stolpersteine“ für Ilse Mainzer und ihre Mutter Henriette übernommen und den Betrag von 190 Euro an den Förderverein überwiesen. Die beiden Steine sollen vor dem Haus in der Hintergasse in Mörfelden, in dem die beiden wohnten, verlegt werden.

Heinz Hechler

Satire – Satire – Satire

Man traut in diesen Wochen seinen Augen und Ohren nicht: Ein Bundeswirtschaftsminister aus dem konservativen Lager prangert „brutalen Kapitalismus“ an, schimpft über „gierige Manager“. Bei Tarifverhandlungen sollten seines Erachtens „nicht allein Kosten, Shareholder-Value und Aktionärsinteressen eine Rolle spielen“. Und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, dem Glos Michel sein konservativer Parteifreund Jürgen Rüttgers, springt ihm bei mit der Forderung, die Unternehmer sollten den Gewerkschaften ein gutes Lohnangebot machen, um Binnennachfrage und Wirtschaft zu stärken. Ja, sind die denn verrückt geworden? Man kennt sich ja gar nicht mehr aus. Da werden die am Ende noch alle Gewerkschaftsforderungen erfüllen: mehr Mitbestimmung, verbesserter Kündigungsschutz, Stärkung der Tarifautonomie, Abschaffung von Hartz IV usw.? Die Sozialdemokraten als Koalitionspartner würden ja bestimmt mitmachen, oder? rd



Zitat der Woche
Gefunden
im Internet

*Sie interessieren sich für Kommunalpolitik?
Sie wollen mehr wissen?
Sie wollen mitreden?*

**Rufen Sie uns an:
23366.**

Unser Kommunalwahlprogramm können Sie sich im Internet herunterladen:

www.dkp-mw.de

„blickpunkt“
November 1969
bis
Dezember 2005

**Digitale
Stadtgeschichte
von links**

Die „blickpunkt“-Redaktion hat jetzt eine „Digitale Stadtgeschichte von links“ hergestellt. Auf einer DVD gibt es die „blickpunkt“-Ausgaben von November 1969 bis Dezember 2005. Für 20 Euro erhältlich. Telefon 23366 oder 22362.

Streitkultur?

Bürgermeister Bernhard Brehl warb in der Presse für „eine ehrliche politische Streitkultur“. Außerdem zitierte Brehl auf dem Neujahrsempfang der SPD mehrfach aus einem Brief eines Münchener Millionärs an ihn: „Suchst Du einen Freund, dann sei ein Freund, und du wirst sehen, Du hast einen Freund“. Ob er das so meint, ist zweitrangig.

Die aktuelle, vom Bürgermeister an verantwortlicher Stelle mitgestaltete örtliche SPD-Politik, zeigt ein ganz anderes Bild. Es gibt nämlich leider vor Ort keine Streitkultur mehr. Es gibt nur noch Taktiererei und ein Ränkespiel, das die Bürgerinnen und Bürger zunehmend satt haben.

Fakt ist, die SPD hat mit der FDP nicht die Mehrheit im Parlament. Da muß man sich „ehrlich“ um politische Mehrheiten

bemühen. Dabei kann man dann nicht alles erreichen. Das kann aber die hiesige SPD nicht, weil sie ausschließlich auf den Bürgermeister fixiert ist - und der ist zunehmend unbeweglich, festgefahren und stur.

Schon zum zweiten Mal hat man eine günstige Gelegenheit ausgenutzt, um wie in einer „südamerikanischen Putschrepublik“ die Mehrheit an sich zu reißen. So was macht man einfach nicht.

Wer schamlos bei begründeter Abwesenheit von Abgeordneten bei solch wichtigen Themen „durchzieht“, handelt nicht verantwortungsvoll, er schafft ein Klima, in dem künftig alles noch schwieriger wird. Politikverdrossenheit - so wird sie gemacht.

Was da SPD und FDP beschlossen haben, hat es ja in sich. Kita-Gebührenhöhen über 24%. Dann liest Brehl noch den Millionär vor! Besser wäre gewesen,

aus dem Brief einer Kindergartenmutter zu zitieren: „Warum ist Rüsselsheim in der Lage die Kita-Gebühren um 30% zu senken? ... „will Herr Brehl eine kinderfreie Zone in Mörfelden-Walldorf schaffen?“

Nach 30 Jahren als Bürgermeister hat man den Eindruck: Brehl wurde von seinem Amt verschlissen - man merkt es immer mehr. Es gilt nur noch sein Kopf. Er ist schlau und erfahren genug, kennt alle Tricks. Er ist „Parteisoldat“, aber kein Bürgermeister aller Bürger. Wohlfeile Sprüche bei diversen Empfängen werden sein Image nicht mehr aufpolieren. Eigentlich schade. Rudi Hechler

Jetzt geht's los

Die Kommunalwahl kommt näher und die Frage: Wen soll man wählen.

Wir sagen: „die Linke!“ Das heißt in unserer Stadt die „DKP / Linke Liste“.

Was spricht dafür? Ein wichtiger Punkt: dann kann der „blickpunkt“ weiter finanziert werden. Denn alle Abgeordneten dieser Liste geben ihr Sitzungsgeld ab, damit die Zeitung erscheinen kann.

Außerdem die SPD - ist für Arbeiter und Angestellte und die vielen Arbeitslosen eigentlich seit Schröder und den Hartz-Gesetzen nicht mehr wählbar. Das gilt genauso für die CDU. Sie ist und bleibt eine kapitalorientierte Partei, auch wenn sie jetzt mit der SPD in der „Großen Koalition“ ist.

Die FDP, ist vor Ort und auf den oberen Ebenen eine zutiefst konservative Partei. Sie bleibt die „Partei der Besserverdienenden“.

Die Grünen? Vor Ort zwar oft Bündnispartner, haben den ganzen „Hartzer Käse“, aber auch den völkerechtswidrigen Jugoslawienkrieg mit zu verantworten. Aktuell wollen sie auch noch den Untersuchungsausschuß über Geheimdienstaktivitäten verhindern. Grün war mal für viele die Hoffnung. Aus - vorbei. Alle die wirklich eine andere Politik wollen, haben in den Bundestag die „Linken“ gewählt. Das hat viele aufgeschreckt aber, es macht Hoffnung, dass der Protest gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau wächst.

Wir empfehlen deshalb in jedem Fall am 26. März DKP/Linke Liste zu wählen.

Schwamm drüber?

Früher war das einfach. Man nannte erlauchte Häupter - nach ihren Eigenschaften. Also „August der Starke“ oder „Karl der Große“. Und heute? Soll man wirklich schreiben „Bernhard der Sture?“

Oder doch Bernhard der Große? Da gab es immerhin das schöne Foto im „Freitags-Anzeiger“ von ihm auf dem Rathausdach. Bildtext: „Der Bürgermeister und seine Stadt“. Da dachten wir doch, die Stadt gehört uns allen.

Schwamm drüber.

Seine SPD macht gerade Wahlkampf mit dem Spruch: „SPD - besser bleiben“. An BB denkend müßte man ja wohl schreiben:

„Besser gehen!“ Warum?

Goethe schreibt im Faust über einen „Burgemeister“:

„... Wird es nicht alle Tage schlimmer?

Gehorchen soll man mehr als immer
Und zahlen mehr als je vorher.“

„BB 30 Jahre Bürgermeister“. Da gab es eine große Feier. Es wurde gelacht und gelobt. ... und die anderen Seiten des BB? Aber doch nicht heute! Wieso eigentlich?

Er steht an der Spitze der SPD-Kandidatenliste - obwohl er nicht wählbar ist.

Er ist nicht zimperlich und wirft überall Fehdehandschuhe hin, dann wundert er sich, wenn sie jemand aufhebt.

Dann ist er „erschüttert und beleidigt“.

Schwamm drüber? Nein!

Wer auf dem Kühler des ersten SPD-Fahrzeuges sitzend in den Wahlkampf zieht, muß sich nicht wundern, wenn er Gegenwind spürt. Punkt. rh



Klein, aber oho!

Die DKP/LL-Fraktion ist eine recht rührige Truppe. Bei der Durchsicht der Unterlagen hat sie mit Abstand die meisten Anträge und Anfragen in den letzten fünf Jahren gestellt. Die Quantität sagt vordergründig sicher nichts über die Qualität aus. Aber auch da brauchen wir keinen Vergleich zu scheuen.

Schlaglichtartig soll der Rückblick auf unsere Arbeit gerichtet sein: 2001 beförderten wir das Jugendcafé. Ein Erfolg, es wurde verwirklicht und arbeitet hervorragend. Das Thema Flughafenausbau, A-380-Halle hat uns die ganze Legislaturperiode beschäftigt; in vielen Anträgen und Resolutionen wurden wir aktiv und haben Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Resolutionen zum Irak-Krieg, gegen Militärflüge auf Rhein-Main, zu Hartz IV, „Mörfelden-Walldorf City for Peace“, Solidarität mit Opel-Beschäftigten brachten wir ein, zwangen das Parlament zu Stellungnahmen.

Gegen Umweltbelastung und -zerstörung wandten wir uns auch beim Thema Verfüllung des Bornbruchsees und Neuanlegung von Kiesgruben. Initiativ wurden wir in Sachen Mobilfunkanlagen.

Verkehrsfragen wurden von uns angepackt: Umgehungsstraßen, innerörtliche Verkehrsberuhigung, Radwege, „Lkw-Verkehr raus aus der Stadt“, Querungshilfe Langener Straße, Umbau Gärtnerweg, Radweg nach Gräfenhausen, Stadtbuslinie, Rußpartikelfilter bei Dieselaautos.

Breiten Raum nahmen unsere Aktivitäten gegen Sozialabbau ein: Gebühren für Friedhof, Kindergärten/-hort, Müll, Schwimmbad, Seniorenveranstaltungen, 1-Euro-Jobs bei der Stadt. Wir forderten in etlichen Anträgen eine/n Behindertenbeauftragte/n, die Weiterführung der kostenlosen Schülerbeförderung zur BvS-Schule, Arbeitskreis Altenbetreuung, gestaffelte Preise für Kulturveranstaltungen, zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt, mehr Krippenplätze für Unter-3-Jährige. „Kleine Dinge“ wie die Treppe ins Schwimmbcken, Wiederbelebungsgeräte, Abschlussarbeiten/Nachbesserungen am Bürgerhaus, Verzicht auf Parkuhren und Stadtmarketingbeauftragte/n.

Wir wandten uns gegen den sog. Zwangskulturverbund mit Frankfurt und für den Erhalt des Jagdschlusses Mönchbruch. Für den Neubau einer Sporthalle an der

Bürgermeister-Klingler-Schule wurden wir rühmig. Wir stellen den Antrag „Stolpersteine“ gegen das Vergessen der Verfolgten des Naziregimes.

Das sind Auszüge aus unserer Arbeit. Sie umfassen fast alle Politikfelder. Viele der Anträge wurden angenommen, wurden umgesetzt. Etliche sind aber noch „Zukunftsmusik“. Dicke Bretter muss man lange bohren, z. B. in Verkehrsfragen, in Umweltschutz und Bewahrung des historischen Erbes, ebenso die sozialen Fragen. Damit wir auch weiterhin im Interesse der Bevölkerung von Mörfelden-Walldorf aktiv sein können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Sie haben die Wahl am 26. März 2006.



Wo bleiben die Jobs?

Seit Jahren wird gepredigt, dass Sparprogramme Arbeitsplätze schaffen - eine Dauerlüge.

Unter den 25 Ländern der Europäischen Union (EU) haben nur Polen und die Slowakei eine höhere Arbeitslosenquote aufzuweisen als Deutschland. Nach dem EU-Statistikbüro, liegt Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 9,3% auf Platz 23.

Dabei hatten in den vergangenen 10 Jahren alle Regierungen eine drastische Senkung der Arbeitslosigkeit versprochen. Die schwarz-gelbe Koalition unter Kohl (CDU) hat der Wirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmer Geschenke gemacht. Und Schröder (SPD) hat mit seiner rosa-grünen Koalition diese Politik zwischen 1998 und 2005 fortgesetzt. Noch 2002 versprochen sie die Halbierung der Arbeitslosenzahlen. Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit aber höher. Nicht Hartz zum Trotz, sondern wegen der Hartz-Gesetze.

Kaum jemand zweifelte 2002 an der Notwendigkeit des Umbaus der Bundesanstalt für Arbeit, der Überprüfung der Arbeitsmarktinstrumente und des Entwickelns neuer Ideen für den Arbeitsmarkt.

Die Hartz-Therapie war aber falsch. Das kristallisiert sich heute deutlicher heraus denn je. Die Medikamente wirken nicht. Die Personal-Service-Agenturen fördern dubiose Mitnahmeeffekte, brachten aber kaum Arbeitslose in neue Dauerjobs. Das Instrument Ich-AG subventioniert Selbständigkeit – bis zur Insolvenz. Und die Ein-Euro-Jobs verdrängen immer mehr Normalarbeitsverhältnisse. Diese falsche Arbeitsmarktpolitik hat eine weitere fatale Nebenwirkung: Sie fesselt die Binnennachfrage. Wer mit sinkendem Arbeitslosengeld rechnen muss oder mit Jobverlust, zügelt verständlicherweise drastisch seinen Konsum. Und wenn die neoliberale Gemeinschaft der Ökonomen noch immer die vermeintlich zu hohen Löhne für die deutsche Arbeitnehmerschaft geißelt, so bleibt die Konjunkturkurve immer dicht an der Ein-Prozent-Linie.

Und die Belebung der Nachfrage in diesem Jahr mit der Angst vor der Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr zu entfachen wird ebenso verpuffen wie die sechs Milliarden Euro in ein zaghaftes Konjunkturprogramm. Das wird nicht die Arbeitsplätze dauerhaft schaffen.

Zu befürchten ist eher, dass die von privaten und öffentlichen Arbeitgebern geforderte Arbeitszeitverlängerung neue Verluste an Arbeitsplätzen bringt. Denn aus den Arbeitgeberlagern verkündet man, dass Mehrbeschäftigung erst bei Zuwächsen über vier Prozent zu erwarten sind. Kombilohn ohne Mindestlohn soll einen Beschäftigungsimpuls auslösen. Dabei arbeiten heute schon ein Fünftel aller Arbeitenden in Teilzeit und Minijobs mit Einkommen, die oft unter dem Existenzminimum liegen.

Müntefering propagiert: In dieser Legislaturperiode werden die Renten nicht gekürzt. (Ein Satz wie von Norbert Blüm: „Die Renten sind sicher!“.) Das heißt dann aber auch: sie werden nicht steigen. Sinken wird die Kaufkraft und damit werden Rentner nahe an oder in die Sozialhilfe getrieben.

**Herzlichen Dank allen,
die dem »blickpunkt« helfen.
Jeder Euro hilft, die
Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-
Spenden-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419
BLZ 50852553**

Liebe „blickpunkt“-
Leserinnen und
Leser,

seit zwei Generationen leben viele türkische, italienische, spanische, griechische und Familien anderer Nationalitäten in Mörfelden-Walldorf. In unserer Stadt hat die politische Linke starke Wurzeln. Die Arbeiter haben hier früh erkannt, dass sie sich im täglichen Kampf um Arbeit und Lohn zusammenschließen müssen. Sie lernten, dass die Arbeiter aller Länder gemeinsam die Welt verändern können. Deshalb hieß es hier früher „Die Stadtfarbe ist rot“. Seit Jahrzehnten werden hier Kommunisten ins Stadtparlament gewählt. Die DKP/Linke Liste - hier arbeiten Kommunisten, Mitglieder der Linkspartei und parteilose Linke zusammen - steht für eine soziale und solidarische Stadt. Wir wollen ein Europa der Völker. Das fängt in den Kommunen an. Hier muss Bildung und Arbeit gesichert sein, die Menschen müssen ungeachtet ihrer nationalen Herkunft in Würde leben können. Viele von Ihnen sind als EU-Bürger (oder durch Einbürgerung) bei der Kommunalwahl am 26. März 2006 wahlberechtigt. Wir empfehlen Ihnen: Nutzen Sie ihr Wahlrecht, wählen Sie DKP/Linke Liste, die Liste der internationalen Solidarität.

Gerd Schulmeyer,
Spitzenkandidat der DKP / Linke Liste



Da due generazioni vivono a Mörfelden-Walldorf tante famiglie turche, spagnole, italiane greche. Nella nostra città la sinistra politica ha profonde radici. I lavoratori hanno capito presto che nella lotta quotidiana per il lavoro e il salario devono restare uniti. Essi hanno imparato che i lavoratori di tutti i paesi, insieme, possono cambiare il mondo.

Perciò qui prima il motto era „Il colore della città è rosso“. Da decenni vengono eletti dei rappresentanti comunisti nel parlamento cittadino. La DKP/Linke Liste – qui operano insieme comunisti, tesserati della sinistra e indipendenti – è sempre per una città sociale e solidale. Noi vogliamo un'Europa dei popoli. Ciò comincia nei comuni. Qui deve essere assicurato la formazione e il lavoro; gli uomini, a prescindere dalla loro provenienza nazionale, devono poter vivere con dignità.

Molti di Voi, come cittadini comunitari (o mediante l'ottenimento della cittadinanza tedesca), avete il diritto di voto per le prossime elezioni comunali del 26 marzo 2006. Vi invitiamo pertanto a fare un buon uso di questo diritto e di votare per la DKP/Linke Liste, la lista della solidarietà internazionale.



Desde hace dos generaciones, muchas familias turcas, italianas, españolas y griegas viven en Mörfelden-Walldorf. Historicamente, la izquierda política tiene fuertes raíces en nuestra ciudad. Los obreros han reconocido muy temprano que hacia falta unirse en la lucha diaria por sus puestos de trabajo y sus sueldos. Han aprendido que los obreros de todo el mundo juntos podrán cambiar el mundo. Fue por esta razón que antes se decía „El color de nuestra ciudad es rojo“.

Hace décadas que comunistas son elegidos al parlamento de la ciudad. El DKP/Lista Izquierda - aquí cooperan Comunistas, Miembros del Partido de la Izquierda y izquierdistas independientes - lucha por una comunidad social y solidaria.

Queremos un Europa de los pueblos. Esto empieza en las comunidades. Aquí educación y trabajo deben estar asegurados y los seres humanos deben vivir en dignidad independiente de su origen. Muchos de ellos son ciudadanos de la UE (o han sido obtenido el pasaporte de uno de sus países) y por lo tanto tiene derecho de votar el 26 de Marzo 2006. Nosotros recomendamos: haga uso de su derecho de votar, vote por DKP/Linke Liste, la lista de la solidaridad internacional.



Son & Salsa

„Tercer Mundo“,
eine Tanz- und Musikgruppe aus Cuba kommt
auf Einladung der DKP
am 26. April 2006 ins Bürgerhaus Mörfelden

**Links
tut gut**

Die Linke. Offene Liste
hat ihr
Kreistagswahl-Programm
vorgestellt.
Man findet es auch im
Internet unter:
www.dkp-mw.de

Stadtgeschichten



Vor über fünfzig Jahren, als dieses Foto entstand, gab es kaum Kühlschränke und erst recht keine Gefriertruhen in den normalen Haushaltungen unserer Stadt.

Trotzdem mussten Vorräte für die Wintermonate angelegt und diese vor Verderb geschützt werden. Es wurde auf altbewährte und überlieferte Rezepte und Methoden zurückgegriffen.

Obst wurde getrocknet und als Dörrobst aufbewahrt, oder ebenso wie Gurken, Wurst und Bratenfleisch eingekocht.

Weißkraut entwickelte sich nach dem Hobeln und Einlegen in großen Steinguttopfen zu dem begehrten Sauerkraut. Auch Gurken reiften in solchen Töpfen zu Salzgurken.

Nach der Hausschlachtung war ebenfalls Vorratshaltung angesagt. Schinken und Seitenstücke kamen mit einem Teil des Fleisches in große Bottiche mit einer Salzlauge. Schinken und Seiten wurden anschließend mehrere Tage im Hof „luftgetrocknet“ und evtl. geräuchert. Die Wurst kam zum Teil in Därme und wurde ebenfalls zum Trocknen aufgehängt und der andere Teil in Dosen aufbewahrt.

Zur Aufbewahrung dienten in vielen Häusern Vorratsschränke, die vor Mücken schützenden so genannten Fliegenschränke, bei denen die Türen und Seitenwände mit Fliegendraht bespannt waren und im kühlen Keller standen.

Auf dem heutigen Bild sehen wir Frau Margarete Heimgeborene Weber, Tochter des Landwirts Georg Weber, wohnhaft in Walldorf, Waldstrasse - Ecke Flughafenstrasse. Sie steht vor ihrem gut gefüllten Fliegenschrank mit all den Gläsern, gefüllt mit Kirschen, Mirabellen, Rote Rüben, Latwerge, u.s.w., einschließlich des am Haken hängenden geräucherten Dörrfleisches und den mit Wurst gefüllten Dosen.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Februar 2006:

9. Februar Rettet das Vinyl
Schallplattenabend.
Lieder mit dem
Anfangsbuchstaben H
Beginn: 20 Uhr

**17. Februar Brecht-Theater -
eine Antwort auf unsere Zeit?**
Vortrag von Manfred Wekwert
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 3 Euro

18. Februar Film „Happy End“
Manfred Wekwerth stellt den Film vor.
Nach der Komödie von Dorothy Lane



KuBa

Liedtexte: Bertolt Brecht,
Musik: Kurt Weil
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 3 Euro

20. Februar
HörBar: Orson Welles
„The War of the Worlds“
Hörbuchabend
Beginn: 20 Uhr

26. Februar Gleis 1
Chilliger Wochenendausklang
mit Snacks und Cocktails
Beginn: 18.30 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Dem soi Fraa
dreescht im Scherz
mehr ausem Haus,
wie er selbst
me'm Woue
oifehrd.